

Bericht

des Ausschusses für Infrastruktur, Mobilität, Wohnen und Raumordnung zum Antrag der Abg. Scheinast, Klubobfrau Mag.^a Dr. ⁱⁿ Humer-Vogl, Heilig-Hofbauer BA (Nr. 196 der Beilagen) betreffend Landes-Dienstleistungszentrum

Der Ausschuss für Infrastruktur, Mobilität, Wohnen und Raumordnung hat sich in der Sitzung vom 5. Februar 2020 mit dem Antrag befasst.

Abg. Scheinast berichtet, dass beschlossen worden sei, das bisherige Bürogebäude am Bahnhof durch ein neues Landes-Dienstleistungszentrum zu ersetzen. Derzeit befindet man sich in der Planungsphase. Der Neubau solle im Jahr 2023 begonnen und 2026 abgeschlossen werden, die Kosten würden sich geschätzt auf etwa € 150 Mio. belaufen. Man wünsche sich einen ökologischen Vorzeigebau, einen modernen „Klima-Bau“. Angefangen von der Wahl der Baustoffe, über die Energieversorgung bis hin zur Gebäudekühlung durch Fassadenbegrünung, könnten alle Möglichkeiten in punkto Klimaschutz Beachtung finden, um einen möglichst CO₂-armen Betrieb zu schaffen. Der Antrag ziele darauf ab, beim Bau des neuen Landes-Dienstleistungszentrums eine Ausschreibung als mehrgeschossigen Holzbau zu prüfen und das Landes-Dienstleistungszentrum in Bezug auf den Energiebedarf als Plus-Energiehaus zu prüfen. Plus-Energiehäuser seien aufgrund der guten Isolierung und Lüftungs- und Gebäudetechnik in der Lage, mehr Energie zu produzieren, als im Haus selbst verbraucht werde. Gerade in Salzburg gewährleiste der Werkstoff Holz regionale Wertschöpfung. So sollte möglichst viel von diesem Baustoff für das Dienstleistungszentrum verwendet werden. Je mehr Holz ein Gebäude beinhaltet, desto weniger CO₂ werde in die Atmosphäre abgegeben und desto klimaneutraler sei der Bau und dessen Abwicklung. Abg. Scheinast richtet an die Experten die Frage, ob und wie stark durch die Wahl des Materials die Architektur beeinflusst werde und ob ein Holzbau in dieser Dimension überhaupt möglich sei.

Abg. Dr. Maurer streicht die Wichtigkeit einer Gebäudekühlung aufgrund immer heißer werdender Sommer heraus. Ein gutes Beispiel hierfür sei die gelungene Generalsanierung des Landesgerichtes. Abg. Dr. Maurer kündigt Zustimmung zum Antrag an.

Abg. Weitgasser führt aus, dass Holz im öffentlichen Bau immer mehr an Bedeutung gewonnen habe. Der Werkstoff Holz sei lokal verfügbar und das Know how bei den vielen holzverarbeitenden Betrieben ausreichend vorhanden. Gerade in Zeiten wie diesen sei es unumgänglich, in punkto Klimaschutz alle Möglichkeiten zu prüfen. Vielleicht könne man sich am Bürogebäude der TU in Wien orientieren. Dort sei nicht nur die technische, sondern auch die wirtschaftliche Machbarkeit von Energie-Plus-Häusern gezeigt worden. Durch die immer heißer

werdenden Sommer sei es zudem notwendig, Möglichkeiten der Gebäudekühlung, zB Fassadenbegrünung oder Dachbepflanzung, zu prüfen. Abg. Weitgasser kündigt Zustimmung zum Antrag an.

Abg. Rieder schließt sich der Frage des Abg. Scheinast an. Ihn interessiere, ob eine Betonkernaktivierung so wie beim Gebäude des Maschinenrings in St. Johann möglich sei. Bereits 2010 sei von der Holzindustrie eingebracht worden, wie wichtig und richtig Holzbau in allen Belangen sei.

Abg. Schernthaner führt aus, dass primäres Ziel sein müsse, dass die Landesbediensteten einen zeitgemäßen, modernen und vor allem ergonomischen und gesunden Arbeitsplatz vorfänden. Abg. Schernthaner spricht den Landesbediensteten für die gute Arbeit und die hohe Serviceleistung seinen Dank aus. Viele Gemeinden und öffentliche Einrichtungen hätten bereits gute Erfahrungen mit dem Holzbau gemacht.

DIⁱⁿ Flieher (Projektgruppe Landes-Dienstleistungszentrum) führt aus, dass das Landes-Dienstleistungszentrum die Chance für einen Holzbau biete. Ein reiner Holzbau sei bei neun bis elf Geschossen allerdings nicht möglich. Umsetzbar wäre ein mehrgeschoßiger Hybridbau, bei dem der Kern aus Beton bestehe, um dessen Primär-Tragstruktur Holzmodule eingehängt würden. Dieser Holzhybridbau sei eine Art Systembauweise und habe den Vorteil, dass er aufgrund der Vorfertigung eine kürzere Bauzeit zulasse, wenngleich die Tragwerksplanung etwas herausfordernder sei. Von der Gestaltung bzw. Architektur her gebe es keine Einschränkung. Holz sei ein tolles Gestaltungselement. Bei einem mit Beton gekoppelten Bau könnte Holz zB nach innen zum Ausdruck kommen. Das Projektteam sei gefordert, eine entsprechende Ausschreibung zu machen. ZB könnte im Rahmen eines Architekturwettbewerbs Holz forciert und geprüft werden, wie sinnvoll, zweckmäßig und wirtschaftlich der Einsatz sei. Auch eine Betonkernaktivierung sei denkbar und würde Sinn ergeben.

Landesrat DI Dr. Schwaiger erinnert daran, dass das Projekt Landes-Dienstleistungszentrum seit 2006 laufe. Vielleicht sei die Verzögerung gut gewesen, um jetzt etwas Zeitgemäßes zu bauen. Man dürfe beim Holzbau nicht von einer neuen Technologie sprechen. Ganz im Gegenteil, man verfüge im Land über eine hohe Kompetenz. Viele heimische Betriebe setzten den Holzbau bei großen Bauten im Ausland um. Mit Ausnahme von Gemeinden, die bei ihren öffentlichen Bauten einen Anteil von über 50 % im Holzbau aufwiesen, sei der Holzbau bei größeren Bauten im Inland immer noch etwas Besonderes. Er ersuche, bei der Ausschreibung auf den Baustoff Holz Rücksicht zu nehmen und diesen explizit einzufordern.

Der Ausschuss für Infrastruktur, Mobilität, Wohnen und Raumordnung stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. beim Bau des neuen Landes-Dienstleistungszentrums eine Ausschreibung als mehrgeschossigen Holzbau zu prüfen und
2. das Landes-Dienstleistungszentrum in Bezug auf den Energiebedarf als Plus-Energiehaus zu prüfen.

Salzburg, am 5. Februar 2020

Der Vorsitzende:
Obermoser eh.

Der Berichterstatter:
Scheinast eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. März 2020:

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.